

Artikel Eins

Die Würde des Menschen ist unantastbar

Dezember (2) 2006

Die unabhängige Kleinzeitung
1. Jahrgang • 7. Ausgabe
Spendenempfehlung ab 50 Cent

Nachrichten - Kommentare - Rechtsinformationen - Analysen

Rückblick



Die Redakteure von „Artikel Eins“ denken anders, denn eine Wende braucht das Land. Wir lassen uns von niemandem den Mund verbieten und berichten unabhängig. Zusätzlich veröffentlichen wir auch Texte aus anderen Zeitungen, Leserbriefe und Zuschriften. Das Angebot ist groß, die Auswahl schwierig.

Unsere erste Leseprobe wurde am 3. Juni 2006 auf der bundesweiten Demonstration in Berlin verteilt. Die Resonanz war so groß, das wir jetzt alle 14 Tage eine neue Ausgabe veröffentlichen können. (www.artikel-eins.de.vu) Wir decken Missstände auf, was die Politiker doch allzu gern unterm Tisch verstecken möchten.

Viele Bürger werden von den Herrschenden unter Druck gesetzt, ausgebeutet und schikaniert. Wir möchten die Bürger vor allem aber ermutigen, den Widerstand aufzunehmen nach dem Motto: „Die Würde des Menschen ist

unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ So fordert es ja Artikel 1 unserer Verfassung, die auch „Grundgesetz“ genannt wird. Die Bürger erhalten von uns Anregungen, wie sie sich selbst zur Wehr setzen können. In vielen Städten gibt es noch den aktiven Widerstand auf der Straße. Wut und Empörung wächst auch in den Wohnungen.

Es gab viele Höhepunkte in diesem Jahr, aber auch viele Niederlagen für die großen und die kleinen Protestbewegungen. In unserem Land gibt es zwei bundesweite Koordinierungen, welche die großen Demonstrationen organisieren: das „Aktionsbündnis Sozialproteste“ (ABSP) und die „Bundesweite Montagsdemo“.

Ein heißer Herbst sollte es werden, aber es endete mit einem lauwarmen Winter. Die Auftaktdemonstration am 16. September in Berlin wurde von der „Bundesweiten Montagsdemo“ organi-

siert, ca. 10 000 Bürger waren dabei. Es hätten aber noch viel mehr sein können, wenn nicht dieser Machtkampf bestanden hätte:

Ohne Rücksicht auf die Bürger wurde diese Auftakt-Demonstration im September schon im Vorfeld vom „Aktionsbündnis Sozialproteste“ massiv bekämpft, genauer gesagt vom so genannten Koordinierungskreis. Dieser wollte nur für die DGB-Kundgebung im Oktober mobilisieren, für die wir natürlich auch geworben hatten in „Artikel Eins“ und in unsren Wohnorten. Die allermeisten unsrer Mitstreiter im Bundesland Brandenburg nahmen an beiden Demonstrationen teil. Mit den Freunden von Sozialprotesten haben wir sowie keine Probleme.

In Zukunft sollte keine der beiden Koordinierungen gegen die andere, sondern miteinander der Politik der Herrschenden den Kampf ansagen. Wir sind offen für solidarische Zusammenarbeit.

Birgit Kühr, Angermünde

Arbeitslosen-Neujahrsgrüße an die Bundeskanzlerin: (Ausgestrahlt vom Fernsehsender)

Die Angermünder Bürgergemeinschaft gegen Sozialabbau hat sich mit Neujahrsgrüßen aus der Uckermark an die Bundeskanzlerin gewandt. Darin wird Angela Merkel gefragt, ob sie in ihrer Neujahrsansprache die Mehrwertsteuer-Erhöpfung, die Ein-Euro-Jobs und die neu eröffnete Suppenküche als Erfolg bezeichnen wolle. Bei der kürzlich eröffneten Suppenküche in Angermünde sei die Bundeskanzlerin vermisst worden. Weiter wird Angela Merkel gefragt, ob sie sich vorstellen könne, von 345 Euro im Monat zu leben.

Diese Meldung strahlte der Fernsehsender TVAL am 13. Dezember aus. Am gleichen Tag wurde der vollständige Text der Neujahrsbotschaft aus der Uckermark von den bekannten On-line-Netzen „Sozialticker“ und „Passado“ aufgegriffen und noch viel weiter verbreitet. Recht so: Was öffentlich wird, das kann auch Wirkung entfalten.

So sind wir also auf dem Weg in die großen Medien, wenn wir wie die Verfasser der Botschaft - Birgit Kühr (Angermünde) und Konrad Fitz (Schwedt) - das Richtige auch allen

Bürgern gut verständlich aussprechen.

*Rainer Thiel
i. A. der Redaktion „Artikel Eins“*



Die Bonsai-Politik

Rat an Frau Merkel und Herrn Müntefering!

Sie, Frau Merkel sind ja nun Bundeskanzlerin. Sie haben in zähen Verhandlungen mit der SPD Koalitionsvereinbarungen getroffen, welche Politik in den nächsten Jahren mit dieser großen Koalition betrieben werden soll.

Der Haupttenor, soviel kann man mit Sicherheit sagen, liegt auf dem Wörtchen SPAREN. Bevor Sie und Herr Müntefering an die weitere Realisierung Ihrer Beschlüsse gehen, möchte ich Ihnen aber raten, eine erneute Reise nach China oder Japan zu machen (waren Sie schon in Japan?).

Sie werden sich sicher fragen, welchen Tipp ich Ihnen da geben will, was man über die Konsolidierung des Bundeshaushalts in China oder Japan schon lernen könnte. Mein Tipp ist nicht, dass Sie mit den dortigen Politikern verhandeln oder sich deren Haushaltspolitik erklären lassen. Nein, ich empfehle Ihnen den Besuch einer Gärtnerei, spezialisiert auf eines der kleinen Wunderwerke der beiden Länder, den Bonsai.



Lassen Sie sich genauestens erklären, wie es diesen Künstlern gelingt, diese kleinen Wunderwerke zu schaffen, Bäume, die normalerweise Meter hoch werden, auf eine Größe von wenigen Zentimetern zu reduzieren und auf dieser Größe zu halten.

Ich kenne Sie und Herrn Müntefering ja nicht persönlich, aber wenn ich der Presse glauben darf, sind Sie beide ja äußerst intelligente Leute. Deshalb vertraue ich darauf, dass Sie auch schnell die Verbindung zwischen dem Haushalt des Bundes und der Länder und der Zucht eines Bonsais feststellen werden. Ich bin natürlich kein Japaner oder Chinese, der Ihnen bis ins kleinste Detail die Zucht eines Bonsais erklären kann, aber ein paar Grundprinzipien kenne ich schon. Die möchte ich Ihnen erklären und dabei die Beziehung zum Staatshaushalt anschneiden.

Ein Bonsai wird vor allem durch den Wurzelschnitt klein gehalten. Durch Entfernen der Pfahlwurzel wird erreicht, dass sich der Wurzelballen so

entwickelt, dass die Pflanze die Wurzeln nicht zu weit und vor allem nicht zu tief austreibt. Verglichen mit der Wirtschafts- und Haushaltspolitik könnte man sagen, Ihre ausschließlich auf die Wurzel der Gesellschaft, die Arbeitnehmer, Rentner etc. gerichtete Sparpolitik kommt einem Wurzelschnitt gleich. Damit wird der Stoffwechsel reduziert und das Wachstum verhindert. Die Verwurzelung fällt wesentlich flacher aus, vergleichbar mit der Mentalität der Menschen, soziale Strukturen nicht mehr tief auszuprägen. Der Pfahlwurzel kann man getrost die Bedeutung der sozialen Sicherungssysteme zuordnen.

Wichtig ist auch der Blattschnitt. Durch den Schnitt der Blätter wird quasi die Situation des Herbstes simuliert. Die danach sprießenden Blätter sind kleiner. Das kann man mit der Arbeitsmarktpolitik vergleichen. Die Wirtschaft sorgt für den regelmäßigen Blattschnitt, indem sie Arbeitsplätze entfernt. Sie wollen mit dem Kombilohnmodell erreichen, dass die neue Blattentfaltung (Lohn) kleiner ausfällt. Es ist ein Prinzip von Ursache und Wirkung. Die Blätter des Bonsais sind für die Photosynthese entscheidend. Hat man sie abgeschnitten, reduziert die Pflanze den Stoffwechsel, versucht aber neue Blattriebe zu erzeugen. Ähnlich ist es auf dem Arbeitsmarkt. Entlässt man einen Arbeitnehmer, muss er seinen Stoffwechsel (Konsum) reduzieren und wird natürlich versuchen, neue Arbeit zu bekommen, auch wenn die Entlohnung deutlich kleiner ist. Den Konsum der Vergangenheit kann er sich nicht mehr leisten.

Früher wurden die Äste des Bonsai mit Palmfasern verdreht, heute verwendet man dafür eloxierte Aluminium- oder weiche Kupferdrähte (ausgeglüht). Damit wird eine Verdrehung der Astformen erreicht. Vorsichtig angewandt kann man damit genau gezielte Verformungen erreichen. Das könnte man mit der Politik in Richtung der Beschäftigten vergleichen. So werden z. B. mit entsprechender Kommunikation (siehe Ex-Minister Clement oder Arbeitsminister Laumann, NRW) die Ansichten der Beschäftigten so verdreht, dass sie die Opfer des Blattschnitts (Arbeitslose) nun als Täter ansehen und für Negativfolgen verantwortlich machen. Vorsichtig angewandt haben Ex-Minister Clement oder Minister Laumann diese

Richtungsweisende Verdrahtung allerdings nicht. Aber das ist verständlich, denn dafür würde ein Künstler benötigt. Deshalb ist der Wuchs auch nicht ganz im Sinne der beiden Herren ausgefallen.

Um ein künstliches Alter vorzutäuschen, entfernt man stellenweise die Rinde eines Bonsais, am Ast oder am Stamm. Das geschieht entweder mit Bleichmitteln oder anderen Laugen, auf Schwefelbasis erzeugt. In Ihrer Politik bezeichnen sie diesen Prozess als Demographie. Die Wirtschaft sorgt für die Entfernung der Rinde, indem sie trotz nachweisbarer Fitness der älteren Generation mit Hilfe des Staates diese in die Arbeitslosigkeit oder über Altersteilzeit in die Rente entlässt. Beim Bonsai sterben diese Holzpartien ab und können dann beliebig bearbeitet werden. Ähnlich macht es die Politik, indem sie die älteren Arbeitslosen durch die Bundesagentur bearbeiten lässt, die Wildwuchs wie Ersparnisse, Rentenversicherungen oder Ähnliches rigoros wegschleift. Bei den Rentnern werden tiefe Löcher gebohrt, indem man sie mit Nullrunden traktiert, oder indem man die Zuschüsse für Kranken- und Pflegeversicherung abschleift. Die verständliche Verbitterung lässt diese Menschen dann schneller altern und damit die Aussage über die demographische Struktur der Gesellschaft als wahr erscheinen.

Man sollte meinen, ein Bonsai sollte, um den Wuchs zu verhindern, möglichst dunkel stehen. Aber das ist nicht so, weil ein Baum bei wenig Lichteinfall lange Triebe entwickelt. Nein, er muss Licht und die richtige Luftfeuchtigkeit bekommen. Wird der Bonsai häufiger ein wenig beschnitten, entwickelt sich kein oder wenig Wachstum. In Japan werden Gedichte zu einer gelungenen Bonsaizüchtung verfasst. Die Politik macht das ähnlich. Indem sie dem Bürger regelmäßig in die Taschen greift (Beschneidung), die Betroffenen ins grelle Lampenlicht der Schuldzuweisung zerrt (Presse und TV) und wortgewaltig mit feuchter Aussprache (Luftfeuchtigkeit) unsinnige Begründungen (Gedichte) anführt, hält sie den Wuchs (Konsum) klein.

Man kann den Bonsai so züchten, dass er eine oder auch mehrere Kronen bildet. Dabei kann mit den entsprechenden Mitteln die Neigung des Bonsais in eine bestimmte Richtung angeregt wer-

(Fortsetzung auf Seite 3)

(Fortsetzung von Seite 2)

Die Bonsai-Politik

den. Bei einer typischen Art, der Kaskade, kann dann sogar der Wuchs der Krone unter die Höhe der Pflanzenschale gedrängt werden. Auch hier bietet sich wieder der Vergleich mit der Realität an. Die Kronen (Kapital und Politik) werden in eine bestimmte Richtung gedrängt (erst Europa, dann WTO). Dabei kann dann eine oder zwei Kronen (Kapital, Finanzwirtschaft) unterhalb der Wurzeln weiter wachsen (Auslandsverlagerungen). Zwar werden diese Kronen noch immer von den in zwischen stark eingegengten Wurzeln ernährt und gedeihen dabei prächtig, aber es kann passieren, dass die ganze Schale umfällt, weil die Schwerkraftverhältnisse diesem Wuchs entgegenstehen. Was die Schwerkraft beim Bonsai sind die Lebensverhältnisse beim Volk.

Sehen Sie, Frau Merkel, Herr Müntefering, aus diesen Gründen empfehle ich Ihnen eine Reise nach Japan oder China und den Besuch einer auf Bonsais spezialisierten Gärtnerei. Ich konnte Ihnen nur eine grobe Darstellung vermitteln, In Japan werden Sie auch noch die kleinsten Feinheiten erfahren können. Sie werden sicher keinerlei Mühe haben, diese Erkenntnisse auf die bestehende Politik zu beziehen. Dann erkennen Sie, was falsch gemacht wird, denn Sie betonen ja immer, dass Sie Wachstum erzeugen und nicht aus Deutschland eine kleine Topfpflanze machen wollen, die sich die WTO (Zwischenlager) auf einen Schreibtisch stellt, bis sie im Erlebnisgarten eines

Superreichen in die Abenteuerlandschaft schon aufgekaufter Drittstaaten integriert wird.

Dort kann man Ihnen auch erklären dass für Wachstum ein gesunder Boden (Arbeitsumfeld) und ein gesundes Wurzelsystem (Volk), klimatische Bedingungen (Umwelt, Energie) vonnöten sind, damit sich ein kräftiger gesunder Stamm entwickelt, der in der Lage ist, eine angemessene Krone zu tragen und allen Stürmen zu trotzen.

Wir haben alle Voraussetzungen dazu, man muss sie nur nutzen. Und genau das ist eigentlich die Aufgabe in dem Job, den Sie, Frau Merkel, so kompromisslos anstreben und schließlich erreichen. Beschneiden Sie die Triebe (Dienstleistungs- und EU-Richtlinien), die alle Früchte in die Gärten der Nachbarn tragen wollen, entfernen sie die plötzlich aufgetauchten Schlingpflanzen, die den Baum aussaugen wollen, ohne etwas dafür zu geben (Hedge- und Equity-Fonds). Entfernen sie die faulenden Äste, die unmittelbar dem Stamm entsprossen, dann aber verfaulen (korrupte Politiker). Zeigen Sie, dass Sie eine Kanzlerin sind, die Entscheidungen trifft und nicht die Entscheidungen von Arbeitgeberverbänden oder arbeitgebernahen Instituten (INSM, Bertelsmann, Bürgerkonvent, IFO-Institut etc.) nur weiterleitet. Sie sollten sich erinnern. Ein Baum existiert, weil sein Wurzelsystem (die Mehrheit der Bevölkerung) ihn nährt und die Tiefe und weitflächige Verbreitung der Wurzeln dem Baum seinen Halt verleiht. Die Krone (Kapital, Großindustrie) wird getragen vom Stamm (Klein-Betriebe und Mittelstandsindustrie). Die Blätter

(Politik) sollen das Sonnenlicht einfangen für die Photosynthese, damit der Baum leben kann. Kommen die Blätter dieser Aufgabe nicht mehr nach, stirbt der Baum, mit ihm aber auch die Krone. Wird die Krone zu ausladend, kann auch ein gesundes Wurzelsystem und ein starker Stamm nicht verhindern, dass ein Sturm den Baum umwirft. Auch dann stirbt er. Machen Sie sich klar, ohne Wurzeln kein Stamm, keine Äste, keine Blätter. Das zu begreifen ist heute schwerer, weil der Mensch die Achtung vor der Natur verloren hat. Jeder

Kampagne



Baum hört irgendwann auf zu wachsen, denn Wachstum ist endlich. Das sollten Sie nie aus den Augen verlieren. Die Bohnenranke, an welcher man bis in ein verwünschtes Land im Himmel klettern kann, ist nur ein Märchen. Hören Sie auf mit der Bonsai-Politik. Mit der Beschneidung in Form der geplanten Sparpolitik züchten Sie einen Bonsai, schön anzusehen, aber ohne wirklichen Nutzen. Und Sie wollen doch Deutschland wieder voran bringen.

Oder irre ich mich? Ist die Aussage: Ich will Deutschland dienen nichts als der Anfang eines Gedichts, welches Sie mit der geerbten Bonsaizüchtung fortschreiben und mit dem Endstadium des Zwergwuchses fertig stellen wollen?

Gert Flegelskamp

Leserbrief an die Redaktion der MOZ(*)

Trauriges Novum

Den Beitrag habe ich ziemlich frustriert zur Kenntnis genommen. Ich bin zwar Mitglied in mehreren Tierschutzorganisationen, aber den Zusammenhang zwischen Mensch, Tier und Umwelt lasse ich nie außer Acht - entgegen der Behauptungen von Tierausbeutern und opportunistischen "Tierschützern". Ich bin auch Mitglied im Verein "Bürgergemeinschaft gegen Sozialabbau - Angermünde.

Doch zurück zur Suppenküche. Es ist eine Schande, dass es sie in diesem reichen Land überhaupt gibt und noch

schändlicher ist es, dass Kinder - Deutschlands Zukunft - sich dort ihre warme Mahlzeit holen müssen. Mir fiel auf, dass bei den Demos gegen Sozialabbau in der Region Schwedt / Angermünde nie die karitativen Einrichtungen vertreten waren - mit Logo.

Warum nicht? Etwa deswegen nicht, weil die karitativen Macher von der Armut anderer Menschen leben? Es ist höchste Zeit, dass hier genauer hingesehen wird. Wie rührend ist es doch, wenn im Fernsehen Spenden für kranke Kinder gesammelt werden. Es ist eine Schande.

Der Staat trägt die Verantwortung! Nun kann man ja über die DDR sagen

was man will. Aber dort hätte man nie für kranke Kinder sammeln müssen und diese entwürdigenden Suppenküchen hat es nicht gegeben. Dort war die Würde der Menschen unantastbarer als jetzt.

Heidrun Schultz

Zu Spät

Menschen hat Gott zu Schluss erschaffen und hat sie gemahnt, sich zu lieben.

Hätt' er doch Schluss gemacht beim Affen: Der Welt wär' viel erspart geblieben!

Peter Kabnt

Bundessozialgericht legitimiert den Armutssturz

Eine Herausforderung für Politik und Sozialprotest

Die beiden Berliner Sozialwissenschaftler Prof. Peter Grottian und Karl-Heinz Selm haben das Urteil des Bundessozialgerichts zur qualifizierten Festlegung der Regelsätze (ALG-II) heftig kritisiert. Die Richter haben sich selbst zum Vollstrecker neoliberaler Haushaltspolitik gemacht, anstatt die menschengerechten Bedürfnisse diskriminierter armer Menschen wirklich ernst zu nehmen. Das Plädoyer der Richter und Richterinnen öffnet das Scheunentor für einen Armutsschub derjenigen, die ohnehin nicht wissen, wie sie mit dem Leben, den Mieten und den explodierenden Energiekosten zurechtkommen sollen. Die Richter hatten keinen ausreichenden Blick dafür, dass die Große Koalition in dieser Legislaturperiode von 2005-2009 allein durch Nichterhöhung der Regelsätze (345 EURO) und durch Erhöhung der Mehrwertsteuer ein Minus von ca. 11-13 Prozent zusätzlicher Verarmung produzieren wird.

Noch nicht einmal einen Inflationsausgleich haben die Richter angemahnt. Das legitimiert den Armutssturz fast ins Bodenlose. Es gibt umfassendes wissenschaftliches Material darüber, mit welchen unterschiedlichen Meßmethoden die „angemessene Bedürftigkeit“ festgestellt werden kann. Das vorliegende Urteil legt den Schluss nahe, dass sich die Richter nur einäugig im Hinblick auf ein „Absenkungsurteil“ damit auseinandergesetzt haben. Sonst hätten sie nicht nur zu der menschenrechtlichen und grundgesetzlichen Angemessenheit Stellung beziehen müssen, sondern auch dazu, ob 3,69 EURO täglich für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke oder 0,60 EURO täglich für die öffentliche Verkehrsmittelbenutzung für einen ALG-II-Empfänger als existenzsichernd gelten können. Die Richter hätten sich auch dazu verhalten können, ob ein monatlicher Betrag von 1,84 EURO für Herrenschuhe, 0,05 EURO

für Kinderschuhe, 2,26 EURO für Freizeit und Kultur, 1,97 EURO für Wohnungsselbstrenovierung und 0 Euro für Bildung oder Kinderbetreuung mit sozialen Grundrechten vereinbar ist.

Darüber müsste jetzt in der Gesellschaft – trotz des Urteils – der gesellschaftliche Streit entstehen. Politiker können sich angesichts der obigen Zahlen nicht mit dem Urteil zurücklehnen – und Sozialproteste müssten wieder aufflammen. Nicht der Eifer über Rüttgers Vorschläge zur verlängerten Bezugsdauer des ALG I sollte dominieren, sondern der Streit sollte über eine angemessene Erhöhung des ALG-II auf zumindest 500 EURO im Monat geführt werden – anstatt eine folgenlose Unterschichtendebatte fortzusetzen.

*Peter Grottian
Karl-Heinz Selm*

Es weihnachtet sehr, auch bei den Arbeitslosen!

Weihnachtstränen!

Sie sagen „Übertreibung“? Nein ganz bestimmt nicht. Viele, viele Kinder und allein stehende Elternteile werden dieses Weihnachten auch Tränen verlieren. Denn was kann schlimmer sein, als den eigenen Kindern nicht einmal ganz kleine Wünsche erfüllen zu können. Das treibt selbst hart gesottene Kerlen Tränen ins Gesicht.

Regelsatz ist im Dezember schon durch den Weihnachtsbaum und das Festessen aufgebraucht. Frau X raucht nicht und trinkt keinen Alkohol. Woher also das Geld für ein Geschenk nehmen? Von den 207,-EURO Regelsatz für Kinder bis 14 Jahre? Frau X musste schon neue Stiefel für 65,-EURO davon kaufen, was sie eigentlich gar nicht konnte. Sollen diese Stiefel jetzt das Weihnachts-

geschenke freuen? Es muss ja kein großes Geschenk sein, obwohl man sagen muss, dass der Neid unter den Kindern schon sehr bedenklich ist. Arm und Reich werden in Deutschland wahrlich vom Staat geschaffen.

Leidtragende sind immer unsere Kinder. Nicht weil die Eltern saufen oder unverantwortlich mit dem Geld umgehen, sondern weil der Staat die Grundlagen eines Sozialstaates abschafft und sich mit faulen Rechtfertigungen aus der Verantwortung zieht. Mit dem Gesetz U 25 hat er eindeutig bewiesen, wie man sich der Verantwortung entledigen und zusätzliche Belastungen auf die Eltern oder auch Tafeln verschieben kann. Die Sach- und Lebensmittelpenden, die wir Alle für arme Länder sammelten, können wir jetzt schon selbst gebrauchen.

Wie sagte eine nette Userin so schön: „Kinderarmut ist, wenn man wegen einem Riss in der Hose einen Wutausbruch bekommt!“

Frage doch mal unsere hohen Damen und Herren (die aus Steuergeldern finanziert werden), was ihre Kinder zu Weihnachten bekommen?

*Detlef Rochner
www.haertefallfamilie.de*

Kampagne

10 € Mindestlohn&Arbeit fair teilen!

Aber wen juckt es denn schon?

Die Armut in Deutschland hat einen Rekordstand erreicht und weitet sich immer intensiver aus. Die Politiker der großen Koalition predigen Sparsamkeit und Pflichtbewusstsein aber gönnen sich selbst unzählige Vergünstigungen.

Es ist völlig unbedeutend, dass Frau X ihrem Sohn nicht einmal ein Spielzeug zu Weihnachten kaufen kann. Der

geschenke darstellen? Stiefel, die er so oder so benötigt?

Früher gab es bei Sozialhilfe ja wenigstens noch eine kleine Weihnachtsbeihilfe. Heute gibt es keine Möglichkeit, wenigstens dem Kind ein Geschenk zu gönnen. Da stellt sich die Frage: „Waren Politiker keine Kinder?“ Können sie nicht verstehen, dass sich gerade Kinder Weihnachten auf Ge-

Emsdetten und Hartz-IV

Reaktionen der Politik auf eine gesellschaftliche Katastrophe

Nein, nein - so einfach ist es dieses Mal nicht: der Emsdettener „Amokläufer“ Tobias T. war, soviel wir bislang wissen, kein Fall, der unmittelbar mit Hartz-IV zu tun gehabt hätte. Zwar schlug er sich in den letzten Wochen vor seiner Mordtat mit Gelegenheitsarbeiten durch, aber sein Vater ist nach wie vor festbestallter Postbeamter. Dennoch gibt es einen Zusammenhang zwischen dieser furchtbaren Kurzschlusstat eines Achtzehnjährigen und der Erwerbslosenthematik. Wieder einmal gleichen sich die Reaktionen der Politik wie auch der Öffentlichkeit. Wieder einmal reagierte man nur ohne jedes Begreifen und nur von oben herab. Doch konkret:

Nach allem, was wir bisher wissen, wurde in Emsdetten dieser Tobias T. seit langem schon nicht ernst genommen, zuerst als „Loser“ nicht und dann nicht als der potentielle Gewalttäter. Der Jugendliche hatte bis zum Gehtnichtmehr Signale ausgesandt, dass er „durchdrehen“ könnte. Seine Umgebung aber hat bis zum Gehtnichtmehr alle diese Signale ignoriert: die Lehrer, die MitschülerInnen, die Geschwister und die Eltern. Das lässt an die These des Kriminologen Pfeiffer aus Hannover denken, dass wir in einer „Kultur des Wegschauens“ leben. Aber in Wahrheit

verhält es sich noch schlimmer: der Fall Tobias B. zeigt, dass wir in einer Gesellschaft der totalen Empathieverweigerung leben. Denn: wahrgenommen hatten bei Tobias T. sehr viele sehr viel, nur ernst genommen hat man das alles eben nicht. Und wie reagierte nun Politik darauf - und ein Großteil der Presse?

Man schob ein Nebenthema in den Vordergrund, ein Symptom: an den furchtbaren Computerspielen soll es gelegen haben, dass Tobias B. zum Gewalttäter wurde. Diese sollen jetzt gegebenenfalls verboten werden. Ansonsten darf politiktypischerweise alles beim alten bleiben. Diese Ersatzaktivitäten gleichen aber der Behandlung eines Arztes, der Grippe dadurch zu bekämpfen versucht, indem er das Fieber verbietet. Und sie gleichen dem Politikgequatsche, seit Wochen im Schwange im Zusammenhang mit der „Unterschicht“-Debatte, dass man die fehlende Bildung der Menschen bekämpfen müsse, um Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Hier wie dort haben wir es nicht mit echter Ursachenbekämpfung zu tun, sondern mit Kurpfuscherei an Symptomen.

Wären die MitarbeiterInnen von BenQ ungebildet, und wurden sie des-

halb arbeitslos? Hat bei Tobias T. erst der Weg in die virtuelle Welt der Computerspiele seine Probleme geschaffen? Beides ist falsch. Aber die Politik wirft sich mit Verve auf diese Surrogat-Themen, um von den wahren Problemen abzulenken und sinnvolle Aktivität vorzutauschen, wo in Wahrheit nur blinder Aktionismus herrscht. Und in beiden Fällen konnten wir ein weiteres Mal ein politiktypisches Muster studieren: dass Politiker schon seit langem abgehoben in einer anderen Welt leben. In einer Welt des „Wegschauens“, um noch mal Pfeiffer zu zitieren, und in einer Welt totaler sachlicher wie emotionaler Inkompetenz.

Ein westdeutscher Psychoanalytiker hat einmal formuliert: „Politik ist immer so wie die Menschen, die sie machen.“ Am Beispiel Emsdetten wie am Beispiel Hartz-IV konnten wir erneut erleben, wie zutreffend dieser Satz ist. Wir sind in einer Gesellschaft angelangt, in der man zwischen den Abgehängten unten und den Abgehobenen oben unterscheiden kann. Wie lange dauert es noch, und nicht 'nur' ein Einzelner „dreht durch“ - wie Tobias B. in Emsdetten -, sondern die gesamte Gesellschaft?

Holdger Platta, Sudershausen

Offener Brief an die Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Betreff: Die Linksfraktion will per Gesetz ein Recht auf Generalstreik schaffen.

Die Mitglieder der „Sozialen Bewegung Land Brandenburg“ (SBB) möchten Ihnen hiermit Ihre volle Zustimmung für Ihre Forderung auf ein Recht zum Generalstreik aus politischen Gründen übermitteln.

Weder die bisherigen tariflichen Streiks noch die einzelnen Proteste verschiedener sozialer Initiativen, Bewegungen und Organisationen haben bisher den Sozialabbau und die „Reformen“ gegen weite Teile der Bevölkerung stoppen können.

Jede Berufs- und Betroffenengruppe kämpfte bisher nur für ihre Einzelinteressen. Gemeinsames politisches Handeln ist bitter nötig, wenn Veränderungen erkämpft werden sollen.

In Zeiten, wo die Interessen der von Erwerbsarbeit Abhängigen immer mehr

missachtet und von einer unkontrollierten globalen Wirtschaft erpresst werden, gilt es neue Mittel zur Beseitigung dieses Ungleichgewichts der Kräfteverhältnisse zwischen den Interessenvertretungen von Arbeiterschaft und Wirtschaft zu entwickeln. Deshalb müssen auch die Wege zu politischen Streiks und zum Generalstreik freigemacht werden. Es kann nicht sein, dass den sog. Arbeitnehmern politische Grundrechte vorenthalten sind.

Die gemeinsame Kritik der anderen Parteien im Bundestag an Ihrem Antrag zeigt nur, wessen Interessen sie wirklich vertreten. Mit ihrer Medien beherrschenden Stellung tun sie alles, damit das auch so bleibt!

Deshalb ist es notwendig, eine andere Stimmung im Lande und eine Gegenöffentlichkeit zur neoliberalen Meinungsmache zu erzeugen. Der Widerstand gegen Sozialabbau, für soziale

Forderungen und neue Ideen muss gesellschaftsfähig gemacht werden.

Dafür ist Ihr Antrag im Bundestag ein wichtiger Baustein, der in der öffentlichen Diskussion gehalten werden sollte. Wir werden uns dies auch zu unserer Aufgabe machen und diese Forderung unterstützen.

Kontaktpersonen von der Ko-Gruppe (SBB)

Frank Escholz, Finsterwalde

Birgit Kübr, Angermünde

Rainer Thiel, Storkow,

Michael Maurer, Jüterbog

Nadine Fischer, Jüterbog

„Wenn du zehn Probleme auf der Straße auf dich zukommen siehst, kannst du sicher sein, dass neun in den Graben fahren, bevor sie dich erreichen.“

Calvin Coolidge (1872-1933)

30. Präs. d. USA (1923-29)

Leserbriefe und Lesermeinungen



112. Saarbrücker Montagsdemo am 20.11.06

An der 112. Saarbrücker Montagsdemonstration nahmen ca. 20 Aktive mit ca. 15 Beiträgen am offenen Mikrofon teil.

Einziges Thema war die Korruption, die sich in Deutschland wie eine Seuche auszubreiten scheint. Die Redner meinten: Während Deutschland sich in Europa zum Beispiel im Bildungs- und Sozialbereich den letzten Plätzen nähert, scheint sich Deutschland bezüglich Korruption einen Spitzenplatz in Europa sichern zu wollen.

Als Beispiel wurde Herr Hartz erwähnt, der, obwohl er gemäß den Medienmeldungen erwiesenermaßen VW um Millionen geschädigt hat, weiterhin sein schönes Leben genießt. Jedenfalls ein vielfach schöneres Leben als die Millionen, für die er Hartz-IV ausgearbeitet hat.

Gefängnis oder Armut scheinen für ihn kein Thema zu sein.

Aber bei Siemens geht es noch in ganz andere Dimensionen. Von 100 Millionen ist die Rede.

Ein Redner meinte: Was kann man denn auch von Managern verlangen, die ehemalige Siemens Mitarbeiter an den taiwanesischen Konzern Ben Q trickreich mit einer Zugabe von mehr als 200 Millionen Euro verschenkt haben, damit dieser dann die Fabriken schließt und die ehemaligen Siemens Mitarbeiter in die Arbeitslosigkeit entläßt?

Und zur Erinnerung, vor einiger Zeit wurden so genannte Geisterjobs bei manchen Politikern entdeckt, die Bezahlung für Jobs erhielten, an deren Arbeitsplätze sie nie erschienen. Aber hat jemand was von einer Verurteilung gehört?

Anscheinend gelten Gefängnisstrafen ohne Bewährung nur für kleine Leute in Deutschland. Was aber gilt bei Korruption oder Ähnlichem?

Bezeichnend ist auch, dass bisher kein Regierungspolitiker solches Verhalten mit harten Worten verurteilt hat? Anscheinend meint die Regierung nur die kleinen Leute beschimpfen zu können? Man denke nur an den Parasitenvorwurf gegen Arbeitslose, dabei wäre bei diesem Korruptionssumpf das Wort Parasiten wie es scheint zutreffender?

Ein Redner meinte, es zeige sich immer deutlicher, dass diese Regierung starke Anzeichen von moralischer Fäulnis zeige und es das Beste wäre, wenn sie freiwillig gehen würde.

...

Vom Bündnis gegen Sozialkahltschlag Saarbrücken / Weg mit Hartz IV.

V.i.S.d.P. Werner Groß

Das Ziel ist erreicht!

So, oder so ähnlich sind sich nun viele Wirtschaftsbosse, Unternehmer und auch neoliberale Politiker einig. Den neuen Sklavenmarkt haben sie mit Hartz IV eröffnet. Ein kurzer Bericht, eines ALG II – Empfängers.

Seit Monaten bekomme ich ALG-II. Meine Bemühungen um Arbeit verliefen bisher ohne nennenswerten Erfolg. Der Enthusiasmus, Bewerbungen zu schreiben, wurde mit jeder Absage geschmälert. Eines Tages bekam ich eine Vorladung in die Arbeitsagentur. Bei diesem Termin bot mir meine Arbeitsvermittlerin eine Maßnahme namens „Aktiv in Arbeit“ an. Was bei dieser Maßnahme genau gemacht wird, konnte sie mir allerdings nicht sagen, aber sie machte mich darauf aufmerksam, dass ich diese Maßnahme besuchen müsse, da meine „Arbeitswilligkeit“ getestet werden soll. Im gleichen Atemzug drohte sie mir mit Kürzung des ALG-II, sollte ich jene Maßnahme ablehnen. Toll, der Staat als „sozialpolitischer Erpresser“. Selbstverständlich lehnte ich das nicht ab. Dabei hatte ich nur gefragt, wozu diese Maßnahme gut ist, und wie viele schon dadurch Arbeit bekommen hätten! „Niemand“ war ihre Antwort. So also wird mit Geldern umgegangen, die in Wirklichkeit Arbeit schaffen sollen. Es sollte

noch schlimmer kommen.

Diese Maßnahme dauerte 14 Tage. Die meisten Teilnehmer waren schon mehrere Jahre ohne Arbeit, bzw. hatten ABM oder einen Ein-Euro-Job. Fast alle waren voller Hoffnung auf eventuelle Verbesserung ihrer Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Die erste Aufgabe bestand darin, eine Bewerbungsmappe zu erstellen und das persönliche Profil, welches bei der Arbeitsagentur vorlag, zu vervollständigen. Diese Arbeiten konnten jedoch nur mit einem Computer durchgeführt werden. Und hier war das Problem. Nur zwei von vierzehn Teilnehmern hatten schon einmal mit einem Computer gearbeitet. Der Rest hatte noch nicht einmal eine Ahnung, wie dieser angeschaltet wird. Die Dozentin, welche mit der Durchführung der Maßnahme betraut wurde, konnte diese Masse an Unwissenheit der Teilnehmer kaum bewältigen. Hilfe untereinander wurde geleistet. Im Rahmen von „Aktiv in Arbeit“ war auch vorgesehen, dass jeder Teilnehmer drei Tage „praktische Arbeit“ in einem *privaten* Unternehmen leisten sollte. Nun, daran gibt es nichts auszusetzen, wenn Arbeiten durchgeführt werden, die keine Arbeitsplätze offensichtlich vernichten. Die Krönung war, dass durch uns Säge-, Abriss-, und Transportarbeiten erledigt wurden. Es kamen Geräte und

Maschinen zum Einsatz, welche auf keinen Fall von uns benutzt werden dürfen, denn niemand war im Besitz der notwendigen Berechtigungen. Darüber wurde jedoch großzügig hinweg gesehen, da der Zweck nur darin bestand, kostenloses Personal zu gewinnen, die die speziellen Facharbeiten durchführen mussten. Ein Unternehmen aus der Abrissbranche hatte damit keine Chance, bei diesem Unternehmen seine Dienste anzubieten. Noch billiger als kostenlos, und von der Zwangslage eines ALG-II Empfängers zu profitieren, geht nicht. Die gesamte Maßnahme „Aktiv in Arbeit“ ist nichts anderes, als eine Alibimaßnahme der Arbeitsagentur, mit Auswirkung der Vernichtung von Arbeitsplätzen auf dem 1. Arbeitsmarkt. Solche und andere ähnlich gelagerte Durchführungen der Arbeitsagentur sind verantwortungslos gegenüber den Menschen, die noch Arbeit haben, und erpresserisch gegenüber den ALG-II-Empfängern. Auch der komplette Aufbau dieser Maßnahme war unsinnig, denn als Zugangsvoraussetzung sollte jeder Teilnehmer ein Grundwissen über den Umgang mit einem Computer besitzen. Wir haben eine schriftliche Beschwerde an die entsprechende Arbeitsagentur eingereicht, welchen Erfolg diese haben wird, bleibt abzuwarten.

**, Görlietz*

Leserbriefe und Lesermeinungen



113. Saarbrücker Montagsdemo am 27.11.06

Bei ungewöhnlich mildem Novemberwetter (14°C) nahmen ca. 25 Aktive an der 113 Montagsdemonstration in Saarbrücken teil.

Vieldiskutiert wurde der Vorschlag von Herrn Rüttgers (NRW Ministerpräsident von der CDU), die Zahlung des Arbeitslosengeldes 1, an alle die mehr als 40 Jahre einbezahlt haben, zu verlängern. An und für sich eine gute Sache, wenn er nicht gleichzeitig vorschlägt, dafür den anderen das Arbeitslosengeld kürzen zu wollen.

Kürzen!! Aber ist dies denn notwendig? Gemäß den lauten Erfolgsmeldungen von vor einigen Wochen waren doch 10 Milliarden Mehreinnahmen in der Arbeitslosenkasse. Aber leider muss man sagen — waren — denn, wie es scheint, will die Regierung diese 10 Milliarden aus der Arbeitslosenkasse

nehmen und für Nichtarbeitslosenzwecke verwenden.

Wenn das Geld noch verfügbar wäre, dann könnte man vermutlich für Ältere länger zahlen und bräuchte dafür bei den Jüngeren nicht zu kürzen.

Weiteres Thema waren die teilweise fehlenden Berufsausbildungsmöglichkeiten für Jugendliche. Z.B: im Saarland fanden weit mehr als 1000 ausbildungswillige Jugendliche keinen Ausbildungsplatz. Dabei sind die Jugendlichen schon nicht mehr mitgezählt, die bei Beschäftigungs-, Ausbildungsprogrammen der Arbeitsagentur wie STABI, etc. untergekommen sind.

Es wurde betont, einer guten Regierung muss es doch möglich sein, dafür zu sorgen, dass jeder Jugendliche einen vollwertigen Ausbildungsplatz erhält.

Zudem wurde eine Solidaritätserklä-

rung an die von Schikanen betroffene Montagsdemo in Hannover verabschiedet. Anscheinend soll durch Anordnung von Schikanen durch städtische Verwaltungsorgane kritische Stimmen in Hannover zum Verstummen und damit die Meinungsfreiheit ausgeschaltet werden.

Als Anmerkung dazu: Deutsche Regierungsmitglieder fordern bei Auslandsbesuchen laufend andere Staaten auf die Meinungsfreiheit zu beachten (spielen sich als Lehrmeister auf). Diese Politiker sollten sich besser erst mal darum kümmern, dass auch in Deutschland überall - z.B. auch in Hannover die Meinungsfreiheit eingehalten wird.

...

Vom Bündnis gegen Sozialkahltschlag Saarbrücken / Weg mit Hartz IV.

V.i.S.d.P. Werner Groß

Hartz-IV muss weg!

Hartz-IV ist ein erheblicher Einschnitt in die bürgerlichen Rechte der Armutsbevölkerung. Bei Strafe der Leistungskürzung verordnete Eingliederungsvereinbarung verletzt die Vertragsfreiheit. Gepaart mit erheblichen datenschutzrechtlichen Verstößen bei der Datenerhebung mittels Fragebogen handelt es sich um eine fragwürdige Aushebelung demokratischer Grundrechte für einen großen Teil der Bevölkerung, nur weil dieser von der Einkommenserzielung durch Arbeit oder Vermögen ausgeschlossen ist.

Hartz-IV zielt auf die Senkung der Einkommen der Erwerbstätigen. Die Mischung aus weiteren erheblichen Leistungskürzungen gerade bei Menschen mit beruflichen Qualifikationen und daraus resultierendem Durchschnittseinkommen auf Sozialhilfeniveau mit der Abschaffung des bisherigen Schutzes der Zumutbarkeitsregelung zwingt zur Arbeit zu jedem Preis.

Hartz-IV zielt auf die Erhöhung der Profite. Unternehmen, denen mit Hilfe der Hartz Gesetze billigste Lohnarbeit angeboten werden, können die Lohnkosten weiter senken. Sinken die Kosten für den Lohn, steigen die Gewinne, kleines Einmaleins der Betriebswirtschaft. Für die Senkung des Spitzensteuersatzes von 47 auf 42 Prozent in gleicher Milliardenhöhe. Hier kann allenfalls Brecht bemüht werden „Armer

Mann ... wärs Du nicht reich, wärs ich nicht arm“.

Hartz-IV schafft neue Arbeitslosigkeit. Das Millionenheer der Ein-Euro-Jobber wird reguläre sozialversicherungspflichtig bezahlte Arbeit verdrängen. Niemand anders als eine Betriebsleitung selbst kann kontrollieren, wo die Zusätzlichkeit eines Ein-Euro-Jobs aufhört und Regelaufgaben beginnen. Betriebsleitungen werden aber ein gesteigertes Interesse haben, genau diese Verdrängung zu organisieren zum Wohl ihres Betriebsergebnisses.

Hartz-IV bringt Armut - betroffen sind etwa 2,5 Millionen Kinder, und die Senkung der Löhne in Folge der neuen Zumutbarkeit reduziert die Kaufkraftnachfrage. Weniger Konsumnachfrage zieht sinkende Produktion und damit neue Stellenstreichungen nach sich. Und obendrein kommt ja nächstes Jahr die Goldene Mehrwertsteuer-Erhöhung.

Hartz-IV dient einzig der Umverteilung. Weniger Leistung zu schlechteren, undemokratischen Bedingungen für die einen und bessere Möglichkeiten der Profiterzielung für die anderen.

Hartz-IV fordert Arbeit um jeden Preis – auch ohne Bezahlung. Die neuen Zumutbarkeitsregeln zwingen Arbeitslose, Jobs mit einer Bezahlung bis zu 30 Prozent unter Tarif anzunehmen.

Hartz-IV verbaut Kindern und Jugendlichen aus den betroffenen Familien ihre Zukunftschancen und raubt Älteren ihre Ersparnisse. Millionen Erwerbslose können gegängelt und be-

straft werden.

Hartz-IV spielt den rechten Rattenfängern immer mehr Menschen in die Hände. Angst, Unsicherheit und Verarmung waren schon in der deutschen Vergangenheit der Nährboden, auf dem nationalistische und rassistische Ideologie besonders gut gedeiht.

Hartz-IV ist eine reine Katastrophe, denn hier fehlen immer noch notwendige Klarheiten. Was die Anhäufung von Klagen auf dem Sozialgericht beweist.

Hartz-IV ist der Aufschwung für Personal-Service-Agenturen, die ihre Daseinsberechtigung nur durch diese schlechte Arbeitsmarktpolitik hat.

Zugleich finde ich ungerecht, dass die Einsparungen, die diese Reform erbringen soll, ziemlich genau dem Betrag entspricht, der den Besserverdienenden durch die Absenkung des Spitzensteuersatzes erlassen wird.

Deutschland steht an einem Abgrund. Eingemauert in fesselnde und überholte Bündnisse, regiert von Korruption und Unfähigkeit ist dieses Land aller Möglichkeiten beraubt, sich zu erneuern.

Ein Netz restriktiver Gesetze, ein Heer von Arbeitslosen und Sozialhilfempfängern sowie eine unerträgliche Besteuerungspolitik lasten schwer auf dem Volk. Eine aufgeblähte Bürokratie hat sich in unserem Land etabliert und zementiert jegliche Dynamik fest.

<http://www.montagsdemo-dortmund.de>

Verfassungsrichter stärken Sozialstaat

Grundsatzentscheidung erlaubt den Ländern ein Vorgehen gegen Lohndumping

München - „Das Ziel, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, hat aufgrund des Sozialstaatsprinzips Verfassungsrang“. Mit dieser Begründung hat das Bundesverfassungsgericht in einer spektakulären Leitentscheidung den Sozialstaat gestärkt. Das Gericht nutzte eine Entscheidung über das Berliner Vergabegesetz um darzulegen, dass die Sicherung sozialer Standards eine wichtige Staatsaufgabe darstellt. Das Gericht erteilte mit seiner Entscheidung dem Lohndumping eine Absage und erlaubt es dem Staat, einen solchen Sozialabbau einen rechtlichen Riegel vorzuschieben.

Bei diesem rechtlichen Riegel, den das Bundesverfassungsgericht für zulässig erklärte, handelte es sich im konkreten Fall um das Berliner Vergabegesetz vom 9. Juli 1999. Es bestimmt, dass öffentliche Bauaufträge nur an Unternehmen vergeben werden dürfen, die ihren Arbeitnehmern bei der Ausführung des Auftrags den Tariflohn bezahlen. Das Land Berlin will auf diese Weise verhindern, mit seinen Aufträgen und mit Steuergeldern Lohndumping und Sozialabbau zu fördern; zugleich sollen „die Leistungsfähigkeit der Berliner Bauunternehmen erhalten“ und ausbildende Betriebe gestärkt werden. Nach dem Berliner Vergabegesetz werden Bewerber, die sich nicht an die Auflage halten, bis zu zwei Jahre von weiteren öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen.

Ähnliche Tarifreuegesetze gibt es im Saarland, Niedersachsen und Bayern. Auf Bundesebene war ein solches Gesetz im Juli 2002 während des Bundestagswahlkampfes am Widerstand der unionsgeführten Länder im Bundesrat gescheitert. Dem bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber, damals Kanzlerkandidat der CDU/CSU, war seinerzeit Inkonsequenz vorgeworfen

worden, weil er ein Tarifreuegesetz in Bayern durchgesetzt, aber im Bund auf Druck der Arbeitgeberseite abgelehnt hatte.

Einwände des Kartellamts:

Der am Freitag veröffentlichte Beschluss des Bundesverfassungsgerichts, der schon vom 11. Juli datiert, lässt nun



die Bindung öffentlicher Aufträge an Bedingungen und Auflagen ausdrücklich zu, legt sie in einigen Passagen der Begründung des Beschlusses sogar nahe.

Das Bundeskartellamt hatte Einwände gegen das Berliner Gesetz erhoben. Der Bundesgerichtshof legte das Verfahren darüber wegen Bedenken gegen die Verfassungsmäßigkeit dem Bundesverfassungsgericht vor. Dies wies nun alle Bedenken gegen das Gesetz zurück: Es handele sich zwar um einen Eingriff in die Berufsfreiheit, dieser sei aber verfassungsrechtlich gerechtfertigt.

Es handele sich um ein legitimes Ziel, wenn der Staat mittels gesetzlicher Regelungen versuche, einem Verdrängungswettbewerb über die Lohnkosten entgegenzuwirken. Der Schutz der Beschäftigten in tarifgebundenen Unternehmen, die Entlastung des bei hoher Arbeitslosigkeit beanspruchten sozialen Sicherungssystems, die Unterstützung des Tarifvertragssystems als

Mittel zur Sicherung sozialer Standards, und das Ziel, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen - dies alles sei vom Sozialstaatsgebot getragen und geboten. Im Übrigen, so die Verfassungsrichter, könne ja ein Unternehmen selbst entscheiden, ob es unter diesen Auflagen Aufträge haben möchte.

Das Verfassungsgericht weist die Ansicht zurück, dass der Landesgesetzgeber nicht befugt gewesen sei, ein solches Gesetz zu erlassen. Zum Recht der Wirtschaft, das der Landesgesetzgeber regeln könne, zählten, so die Richter, auch Gesetze mit wirtschaftslenkendem Charakter, wie die öffentlichen Vergabevorschriften. Das Gericht widerspricht auch der Kritik, wonach ein Tarifreuegesetz einen Verstoß gegen die grundgesetzlich geschützte Koalitionsfreiheit darstelle: Niemand würde durch das Gesetz gezwungen, einer Koalition beizutreten, noch würde er davon abgehalten.

Die Bedeutung der Verfassungsgerichtsentscheidung weist weit über den Berliner Fall hinaus. Das Gericht stellt nämlich klar, dass der Staat mit Hilfe der ihm zur Verfügung stehenden Mittel, auch mit Hilfe der Vergabe von Aufträgen, der Wirtschaft Zügel anlegen darf. Es muss dann allerdings um den Schutz wichtiger Gemeinwohlbelange gehen. Der Staat kann also, wenn er als Auftraggeber auf dem Markt auftritt, Auflagen festsetzen, die sozialstaatliche Pflöcke einschlagen. Unter Hinweis auf die Begründung des Verfassungsgerichts könnte der Staat künftig große Aufträge an Privatunternehmen auch daran knüpfen, dass dieses Unternehmen eine bestimmte Zahl von Ausbildungsplätzen zur Verfügung stellt. (1 BvL 4/00)

Von Heribert Prantl

Quelle: Süddeutsche Zeitung, Nr.254,

Leserbriefe, Artikel und Beiträge sind ausdrücklich erwünscht.

Die Redaktion: Ottokar Luhn (V. i. S. d. P.) Böhnerstraße 39, 99867 Gotha, gotha@offenesbuendnis.de
Birgit Kühn, Klaus Buschendorf, Rainer Thiel, Uwe Birkner

online - Ausgabe

Die Zeitung und alle Artikel stehen unter



<http://www.artikel-eins.de.vu>

zur Verfügung.

Redaktionsarbeit und alle Beiträge ohne Honorar. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen sind ihr vorbehalten. * Bei diesen Beiträgen möchte der Autor nicht genannt werden. Die Identität ist der Redaktion bekannt.

Kontakt:

artikel-eins@gmx.de

Druck:

Selbstdruck

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:

05.01.2007